

Telefon +41 (0)52 632 73 61
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

An die Medien

Aus den Verhandlungen des Regierungsrates

Pauschalbesteuerung wird auf Ende 2011 abgeschafft

Die Volksinitiative "Schluss mit Steuerprivilegien für ausländische Millionäre (Abschaffung der Pauschalsteuer)" wird auf Anfang 2012 umgesetzt. Der Regierungsrat hat die entsprechende Änderung des Gesetzes über die direkten Steuern auf den 1. Januar 2012 in Kraft gesetzt. Die Stimmberechtigten haben der Volksinitiative in der Abstimmung vom 25. September 2011 mit 13'545 Ja gegen 11'054 Nein zugestimmt. Der Gegenvorschlag zur Initiative wurde mit 12'059 Ja gegen 10'400 Nein ebenfalls angenommen, bei der Stichfrage sprach sich jedoch eine Mehrheit für die Volksinitiative aus.

Regierung genehmigt Hallauer Hotelzone

Der Regierungsrat hat einen Rekurs der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz gegen die Schaffung einer Hotelzone im Rebgebiet der Gemeinde Hallau abgelehnt. Die Gemeindeversammlung Hallau hat am 25. März 2011 der Schaffung einer Hotelzone zugestimmt. Die Regierung ist in ihrem Entscheid zum Schluss gekommen, dass die Errichtung einer Hotelzone in Hallau zweifellos in touristischem Interesse liegt und daher auch zulässig ist, wenn das ISOS (Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz) tangiert ist. Indes ist sicherzustellen, dass die vorliegende Einzonung unter grösstmöglicher Schonung des Ortsbildes erfolgt. Die Hotelzone entspricht auch den weiteren für die Raumplanung begleitenden Grundsätzen und Planungszielen. Entsprechend besteht kein Grund, die von der Gemeindeversammlung beschlossene Einzonung durch den Regierungsrat aufzuheben.

Gleichzeitig mit dem Rekursentscheid hat der Regierungsrat die entsprechende Änderung des Zonenplanes und die Änderung der Bauordnung der Gemeinde Hallau genehmigt.

Ja zu neuem Meteorologieggesetz

Der Regierungsrat stimmt der Totalrevision des Meteorologieggesetzes grundsätzlich zu, wie er in seiner Vernehmlassung an das Eidgenössische Departement des Innern festhält. Im neuen Gesetz wird vorgeschlagen, aus MeteoSchweiz eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit und eigener Rechnung zu schaffen. Die geltenden Aufgaben sollen dabei unverändert erhalten bleiben. Durch die Auslagerung soll MeteoSchweiz mehr Handlungsspielraum zur Erschliessung zusätzlicher Finanzierungsquellen aus Drittmitteln erhalten, um damit den Eigenfinanzierungsgrad erhöhen zu können. Neu soll der Datenzugang liberalisiert werden, indem die Daten und ein Basisangebot an Dienstleistungen kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Einzig die Verbreitungskosten sowie gewisse weitere Leistungen sollen weiterhin verrechnet werden. Als weitere Finanzierungsquellen können Drittmittel aus gewerblicher Tätigkeit, Sponsoring und Forschungsbeiträgen dazu kommen. Dabei darf das Institut wie bis anhin nur gewerbliche Tätigkeiten ausführen, die im engen Zusammenhang mit seinen Hauptaufgaben stehen und deren Erfüllung nicht beeinträchtigen.

Die Regierung begrüsst die Neuregelung. MeteoSchweiz erbringt bereits heute auf Kunden ausgerichtete Dienstleistungen, die von Privatunternehmen nicht in einem wünschbaren Ausmass bereitgestellt werden. Auch nach der Revision des Meteorologiegesetzes ist das Erbringen der Basisdienstleistungen im Bereich der meteorologischen und klimatologischen Daten gesichert. Der Regierungsrat unterstützt zudem den Vorschlag, dass kommerzielle Nebentätigkeiten nur im engen Zusammenhang mit den gesetzlichen Aufgaben von MeteoSchweiz betrieben werden dürfen.

Dienstjubiläum

Der Regierungsrat hat Susanna Scretta von Zavorziz, Kindergärtnerin, die am 19. Oktober 2011 das 25-jährige Dienstjubiläum begehen kann, seinen Dank für ihre bisherige Tätigkeit im Dienste der Öffentlichkeit ausgesprochen.

Schaffhausen, 18. Oktober 2011
bis und mit Nr. 35/2011
35/2011

Staatskanzlei Schaffhausen